

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Literaturverzeichnis .....	33
<b>§ 1 Einleitung</b> .....	<b>35</b>
<b>§ 2 Während der intakten Ehe</b> .....	<b>37</b>
A. Vorbemerkung .....	37
B. Unterhaltssituation während der intakten Ehe .....	37
I. Familienunterhalt der Ehegatten .....	37
II. Unterhalt der Kinder .....	38
III. Elternunterhalt .....	38
C. Sorgerecht während der intakten Ehe .....	38
D. Vermögen während der intakten Ehe .....	38
I. Vermögen der Ehegatten .....	38
II. Vermögen der Kinder .....	39
E. Familienversicherung nach § 10 SGB V .....	39
<b>§ 3 Trennung der Eheleute</b> .....	<b>41</b>
A. Vorbemerkungen .....	41
B. Unterhaltsanspruch des Ehegatten .....	41
I. Tatbestandsvoraussetzungen des § 1361 BGB .....	42
II. Allgemeine Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruches (Bedarf-Bedürftigkeit- Leistungsfähigkeit) .....	43
1. Definition des Bedarfes .....	43
2. Definition des Familieneinkommens .....	45
3. Beendigung der ehelichen Lebensverhältnisse .....	45
4. Quotenunterhalt .....	47
III. Mindestbedarf und Selbstbehalt .....	50
1. Selbstbehaltssätze (Stand 2022) .....	50
2. Mindestbedarf des Unterhaltsberechtigten .....	51
3. Bedeutung der Wohnkosten .....	52
4. Herabsetzung des Selbstbehaltes des Pflichtigen wegen Zusammenleben mit einem neuen Partner (sog. Synergieeffekt) .....	52
IV. Erwerbsobliegenheit der Unterhaltsberechtigten während der Trennungszeit .....	52
1. Ohne Kinderbetreuung .....	52
2. Mit Kinderbetreuung .....	54
V. Berechnungsweise des Ehegattenunterhaltes nach § 1361 BGB .....	54
VI. Schuldenanrechnung beim Trennungsunterhalt .....	55
1. Die während der Ehe aufgenommenen Kredite (eheliche Schulden) .....	55
2. Verbindlichkeiten nach der Trennung und Scheidung .....	56
3. Das Doppelverwertungsverbot bei Schulden (Passiva) .....	56
a) Überschneidungsmöglichkeiten bei Passiva .....	56
b) Passiva im Verhältnis von Unterhalt und Gesamtschuld .....	57
c) Überschneidungen bei Nutzungsregelung von Haus und Wohnung .....	58

VII.	Wohnwertberechnung während der Trennungszeit .....	59
1.	Der objektive Wohnwert (Mietwert bei Fremdvermietung) .....	59
2.	Angemessener Wohnwert .....	60
3.	Der maßgebliche Stichtag für die zeitliche Zäsur .....	61
4.	Verlängerung der Anrechnung nur des angemessenen Wohnvorteils durch eine Verzögerung bei der Verwertung der Immobilie .....	62
5.	Berücksichtigung von Belastungen der Wohnung .....	62
a)	Belastungen mindern den Wohnwert .....	62
b)	Welche Belastungen sind anzurechnen? .....	63
aa)	Unabhängig vom Zeitpunkt abziehbare Kosten .....	63
bb)	Tilgungsleistungen .....	63
cc)	Abziehbarkeit von sonstigen Kosten .....	63
dd)	Doppelverwertungsverbot beachten! .....	64
ee)	Praktische Behandlung in der anwaltlichen Beratung: .....	64
6.	Berechnungsbeispiele .....	64
a)	Ausgangsfall: .....	64
b)	Gemeinsame Nutzung durch die Eheleute nach der Trennung .....	65
c)	Nutzung durch die Unterhaltsberechtigten nach der Trennung .....	65
d)	Nutzung durch den Unterhaltspflichtigen nach der Trennung .....	66
7.	Keine Anrechnung des Wohnvorteils beim mietfreien Wohnen des Unterhalts- berechtigten im Hause eines Dritten .....	67
VIII.	Altersvorsorgeunterhalt .....	67
IX.	Rang des Unterhaltsanspruchs .....	67
1.	Zweite Rangstufe gem. § 1609 Nr. 2 BGB .....	67
2.	Unterhaltsberechtigung wegen der Betreuung eines Kindes .....	67
a)	Unterhalt wegen Kindesbetreuung .....	67
b)	Anspruch auf Familienunterhalt .....	68
c)	Behandlung von Teilansprüchen .....	68
d)	Ehe „von langer Dauer“ .....	68
e)	Dritte Rangstufe gem. § 1609 Nr. 3 BGB .....	68
X.	Unterhaltsrechtliche Auswirkungen einer neuen Partnerschaft eines Ehegatten bereits während der Trennungszeit .....	69
XI.	Beschränkung des Unterhaltsanspruches bereits während der Trennungszeit gem. § 1361 Abs. 3 i.V.m.§ 1579 Nr. 2 bis 7 BGB .....	69
XII.	Keine Beschränkung des Unterhaltsanspruches bereits während der Trennungs- zeit gem. § 1578b BGB .....	70
XIII.	Vereinbarungen zum Trennungsunterhalt .....	70
1.	Verzicht auf zukünftigen Trennungsunterhalt .....	70
a)	Abgrenzung zwischen unzulässigem Verzicht und zulässiger Modifikation .....	71
b)	Keine Umgehung durch pactum de not petendo .....	71
2.	Regelungsumfang .....	71
XIV.	Auskunftsansprüche zum Unterhalt .....	72
XV.	Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen .....	72
C.	Unterhaltsanspruch des gemeinschaftlichen Kindes .....	72
D.	Scheidungsantrag unmittelbar nach der Trennung/Härtefallscheidung § 1565 Abs. 2 BGB. I. Voraussetzungen für eine sofortige Scheidung .....	72
II.	Risiken eines verfrühten Antrags .....	74
E.	Umgangsregelungen .....	75
F.	Sorgerecht .....	75

G. Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes gem.§ 1686 BGB .....	75
H. Auswirkungen der Trennung auf das Vermögen der Eheleute/Zugewinn .....	75
I. Unmittelbare Auswirkungen auf den Zugewinnausgleich .....	75
II. Auskunftsansprüche zur Vorbereitung des Zugewinnausgleichs .....	75
III. Das gemeinsame Haus .....	77
IV. Anspruch auf vorzeitigen Zugewinnausgleich (§§ 1385, 1386 BGB) .....	79
I. Auswirkungen der Trennung auf gemeinsame Schulden (Gesamtschuldnerausgleich) ....	80
I. Außenverhältnis .....	80
II. Innenverhältnis .....	81
J. Auswirkungen der Trennung auf Bürgschaften für den Ehegatten .....	84
K. Auswirkungen der Trennung auf die gemeinsame Mietwohnung .....	85
I. Fortbestand des Mietverhältnisses .....	86
II. Haftung für Miete und Nebenkosten im Außenverhältnis .....	86
III. Interner Ausgleich zwischen den Ehegatten .....	87
1. Verrechnung im Unterhalt .....	87
2. Nutzungsvergütung gem. § 1361b Abs. 3 Satz 2 BGB .....	87
3. Gesamtschuldnerausgleich bei Mietverhältnissen (§ 426 BGB) .....	89
IV. Kündigung des Mietverhältnisses .....	92
1. Einseitige Kündigung des alleinigen Vertragspartners .....	92
a) Wirksamkeit der Kündigung .....	92
b) Eintritt in den Mietvertrag .....	92
2. Einseitige Kündigung bei gemeinsamem Mietvertrag .....	93
3. Kündigung einer Wohnung durch den Vermieter wegen Eigenbedarfs auf-	
grund einer Trennung .....	93
4. Räumungspflichten bei wirksamer Kündigung .....	93
5. Anspruch eines Ehegatten auf Mitwirkung an der Mitteilung nach § 1568a	
Abs. 3 Nr. 1 BGB .....	94
L. Gerichtliche Zuweisung der Ehewohnung .....	94
I. Definition der Ehewohnung .....	94
II. Voraussetzungen der gerichtlichen Wohnungszuweisung gem. § 1361b BGB ....	95
III. Voraussetzungen der gerichtlichen Wohnungszuweisung nach § 2 GewSchG ....	97
IV. Verhältnis der Zuweisung zur Kündigung .....	97
V. Nutzungsvergütung (§ 1361a Abs. 3 Satz 2) .....	98
M. Schutzanordnungen nach§ 1 GewSchG .....	99
I. Mögliche Schutzanordnungen .....	99
II. Voraussetzungen .....	101
1. Anordnungsanspruch .....	101
2. Anordnungsgrund .....	102
III. Regelungsinhalt – Konkretisierungsgebot .....	103
IV. Vollstreckung .....	103
V. Problemfälle .....	104
N. Auswirkungen der Trennung auf die Haushaltssachen (früher „Hausrat“) .....	105
I. Regelungsumfang des § 1361a BGB .....	105
II. Begriff des Haushaltsgegenstandes .....	106
III. Gerichtliches Verfahren .....	108
IV. Ansprüche auf Überlassungsvergütung (§ 1361a Abs. 3 S. 2 BGB) .....	108
V. Eigenmächtige Aufteilung von Haushaltsgegenständen/verbotene Eigenmacht ..	109
VI. Herausgabe der zum persönlichen Gebrauch bestimmten Sachen eines Kindes ...	110

O. Steuerliche Auswirkungen der Trennung .....	110
I. Auswirkungen auf die Steuerklasse .....	110
II. Auswirkungen auf die steuerliche Veranlagung .....	110
P. Auswirkungen der Trennung auf die Absicherung gegen Krankheit .....	112
I. Krankenversicherung des Ehegatten .....	112
II. Beihilfeberechtigung des Ehegatten .....	114
III. Krankenversicherung der Kinder .....	114
IV. Beihilfeberechtigung der Kinder .....	115
Q. Auswirkungen der Trennung auf Lebensversicherungsverträge .....	115
R. Auswirkungen der Trennung in der Kfz-Versicherung .....	116
S. Gemeinsame Konten und Kontenvollmachten nach Trennung .....	117
T. Auswirkungen der Trennung auf weitere gemeinsame Verträge .....	117
U. Weitere Vorsorgemaßnahmen .....	117
V. Vorsorgevollmachten und Patientenverfügung nach der Trennung .....	117
W. Erbrechtliche Auswirkungen der Trennung .....	118
X. Regelung durch Trennungsvereinbarung .....	119
<b>§ 4 Jahreswechsel nach der Trennung .....</b>	<b>121</b>
A. Änderungen bei der steuerlichen Belastung .....	121
B. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten von Unterhaltszahlungen .....	122
I. Unterhalt an leibliche oder adoptierte Kinder .....	122
II. Ehegattenunterhalt .....	122
1. Sonderausgabenabzug (begrenzttes Realsplitting) .....	122
a) Darstellung des Sonderausgabenabzug .....	123
b) Voraussetzungen des Realsplittings .....	123
c) Auswirkung auf den Empfänger der Unterhaltszahlungen .....	123
2. Außergewöhnliche Belastung .....	125
<b>§ 5 Ablauf des (ersten) Trennungsjahres .....</b>	<b>127</b>
A. Scheidung .....	127
B. Auswirkungen des Ablaufs des ersten Trennungsjahres auf den Unterhalt .....	127
I. Verschärfung der Erwerbsobliegenheiten .....	127
II. Auswirkungen des Ablaufs des ersten Trennungsjahres auf die Bemessung des Wohnwerts (Wohnvorteils) .....	127
C. Auswirkungen des Ablaufs des ersten Trennungsjahres auf den Zugewinn .....	128
<b>§ 6 Ablauf von 3 Trennungsjahren .....</b>	<b>129</b>
A. Scheidungsvoraussetzungen .....	129
B. Vorzeitiger Zugewinnausgleich .....	129
<b>§ 7 Einreichung des Scheidungsantrages .....</b>	<b>131</b>
A. Scheidungsvoraussetzungen .....	131
B. Formalien des Scheidungsantrags .....	131
C. Gerichtskostenvorschuss einzahlen .....	132
D. Verfahrenskostenhilfe im Scheidungsverfahren .....	132

E. Zustellung im Ausland .....	132
F. Verfahrensgegenstände im Scheidungsverband (Folgesachen) .....	133
<b>§ 8 Antrag auf Verfahrenskostenhilfe .....</b>	<b>135</b>
A. Verfahrenskostenhilfe-Formular vollständig und richtig ausfüllen .....	135
I. Verfahrenskostenhilfeformular .....	135
II. Besondere Risikofelder im Verfahrenskostenhilfeformular .....	136
1. Hinweis zu Sozialleistungen .....	136
2. Lebens- und Rentenversicherungen .....	136
III. Mitwirkungspflichten und Auflagen im Verfahrenskostenhilfeformular .....	137
B. Rechtsfolgen falscher Angaben im VKH-Verfahren .....	138
C. Risiko des § 117 Abs. 2 S. 2 ZPO im familiengerichtlichen Verfahren .....	139
D. Hinreichende Erfolgsaussichten .....	140
E. Fehlende Mutwilligkeit .....	141
F. Bedürftigkeitsprüfung .....	141
I. Eigene wirtschaftliche Verhältnisse des antragstellenden Ehegatten .....	141
1. Einkommen des Antragstellers .....	141
2. Vermögen des Antragstellers .....	142
3. Geschütztes Vermögen .....	142
4. Verwertbarkeit des Vermögens .....	142
5. Aktuelles Vermögen .....	142
6. Unberechtigt ausgegebenes Vermögen .....	143
II. Vorrang eines Verfahrenskostenvorschusses gegen den anderen Ehegatten .....	143
<b>§ 9 Nach erfolgter Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe .....</b>	<b>147</b>
A. Obliegenheiten des Beteiligten, dem Verfahrenskostenhilfe bewilligt worden ist .....	147
I. Mitteilungspflichten .....	147
II. Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse .....	148
III. Definition der Wesentlichkeit .....	149
IV. 4.Jahres-Frist – § 120a I 4 ZPO .....	149
V. Einsatz des „durch das Verfahren Erlangten“ § 120a Abs. 3 ZPO .....	150
VI. Aufhebung der Bewilligung § 124 ZPO .....	151
1. Voraussetzung der Aufhebungsentscheidung .....	151
2. Rechtsfolge der Aufhebungsentscheidung .....	153
B. Aufgaben des Verfahrensbevollmächtigten .....	154
I. BGH-Rechtsprechung zur fortgeltenden Anwaltsvollmacht .....	154
II. Lösungsmöglichkeiten .....	156
1. Aufhebung der Beiordnung .....	156
2. Auswirkungen der Mandatskündigung auf die Vertretung im gerichtlichen Verfahren .....	158
3. Zulässigkeit einer Mandatskündigung durch den Anwalt .....	159
4. Weitere Möglichkeit: Einschränkung der Vollmacht .....	160
C. Checkliste VKH-Nachsorge .....	161
<b>§ 10 Zustellung des Scheidungsantrags .....</b>	<b>165</b>
A. Vorbemerkung .....	165
B. Stichtage für Zugewinn und Versorgungsausgleich .....	165

C. Auswirkungen auf den Unterhalt .....	165
I. Altersvorsorgeunterhalt .....	165
II. Auswirkungen auf die Erwerbsobliegenheit .....	166
III. Auswirkungen auf die Wohnwertberechnung .....	167
1. Bemessung des Nutzungsvorteils .....	167
2. Anrechnung von Tilgungsleistungen .....	168
3. Abstellen auf alternative Zeitpunkte .....	168
IV. Bedeutung des Doppelverwertungsverbotes bei Einmalzahlungen .....	169
1. Einführung .....	169
2. Wann kann das Problem auftreten? .....	169
3. Der Grundgedanke des Doppelverwertungsverbots .....	171
4. Konkrete Auswirkungen des Doppelverwertungsverbots .....	171
5. Übersicht über die Aufgaben des anwaltlichen Beraters .....	172
V. Relevante Gesichtspunkte .....	172
1. Bedeutung der zeitlichen Aspekte .....	173
2. Unterschiedliche Auswirkungen bei Unterhalt und Zugewinn .....	173
3. Vorrangige Anrechnung im Unterhalt oder konkrete Zweckbestimmung der Einmalzahlung? .....	174
4. Verrechnung der Abfindung beim Unterhalt .....	175
VI. Weitere Überlegungen bei der anwaltlichen Beratung .....	177
1. Überlegungen bei Vereinbarungen zwischen den Ehegatten .....	177
2. Rechtsfolgen einer bestehenden wirksamen Vereinbarung .....	177
3. Vorliegen einer zeitlich früheren gerichtlichen Entscheidung .....	178
D. Güterrechtliche Auswirkungen .....	178
I. Gesetzlicher Güterstand oder Regelung durch Ehevertrag? .....	178
II. Stichtag für den Zugewinnausgleich .....	178
III. Auskunftsanspruch .....	179
IV. Anspruch auf vorzeitigen Zugewinnausgleich .....	180
E. Auswirkungen der Zustellung des Scheidungsantrages auf gemeinsame Schulden (Ge- samtschuldnerausgleich) .....	180
F. Bedeutung der Zustellung des Scheidungsantrages für den Versorgungsausgleich .....	180
G. Kindschaftsrechtliche Auswirkungen der Zustellung des Scheidungsantrages .....	180
H. Erbrechtliche Auswirkungen .....	181
<b>§ 11 Während des Scheidungsverfahrens</b> .....	183
A. Ablauf des Scheidungsverfahrens .....	183
I. Scheidungsantrag .....	183
II. Scheidungstermin mit Anhörung der Eheleute .....	183
III. Ruhen des Verfahrens .....	184
IV. Versöhnung der Eheleute .....	184
1. Unterhaltsrechtliche Konsequenzen .....	184
2. Taktische Überlegungen für das Scheidungsverfahren .....	184
3. Steuerliche Überlegungen .....	185
4. Weitere Überlegungen bei einer erfolgreichen Versöhnung .....	186
V. Mögliche Rücknahme des Scheidungsantrages .....	186
B. Folgesache VA – Verfahren zum Versorgungsausgleich .....	187
I. Auskunftspflichten .....	188

II.	Vorzulegende Unterlagen	189
1.	Formular V10	189
2.	Kontenklärungsantrag bei Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung	189
3.	Bruttoarbeitsentgeltbescheinigung (DEVO)	190
4.	Formular über die Anerkennung der Kindererziehungszeiten	190
5.	Beamte und Selbstständige	190
III.	Übersicht über die Anrechte der Beteiligten	190
IV.	Ermittlung der Rentenanswartschaften durch das Familiengericht	191
V.	Abtrennung der Folgesache Versorgungsausgleich § 140 Abs. 2 FamFG	191
VI.	Vorgerichtliche Auskunftsansprüche – § 4 VersAusglG	192
VII.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs	192
VIII.	Abgrenzung zwischen Versorgungsausgleich und Zugewinn	193
IX.	Verfahrenswert zum Versorgungsausgleich § 50 FamGKG	194
C.	Weitere Verfahrensgegenstände im Verbundverfahren (Folgesachen)	194
I.	Grundsätzliches zum Verbundverfahren	194
II.	Familiensachen im Verbund	195
III.	Antragsverfahren im Verbund	195
IV.	2-Wochen-Frist des § 137 Abs. 2 Satz 1 FamFG	196
V.	Kostenentscheidung im Verbundverfahren	197
VI.	Vor- und Nachteile des Verbundes	197
D.	Abtrennung einer Folgesache aus dem Verbundverfahren	198
E.	Verfahrenskostenhilfe und Mehrvergleich	199
	<b>§ 12 Verkündung des Scheidungsbeschlusses</b>	201
A.	Vorbemerkungen	201
B.	Praxistipp	201
	<b>§ 13 Zustellung des Scheidungsbeschlusses</b>	203
A.	Vorbemerkung	203
B.	Entscheidung zur Scheidung	203
I.	Scheidungsbeschluss	203
II.	Wertfestsetzung zur Scheidung	203
1.	Einkommensverhältnisse	203
2.	Vermögensverhältnisse	204
C.	Entscheidung zur Folgesache Versorgungsausgleich	205
I.	Rechtliche Grundlagen der Entscheidung über den Versorgungsausgleich	205
1.	Ehezeit	205
2.	Ehezeitanteil	206
3.	Ausgleichswert	206
4.	Auszgleichende Anrechte	207
a)	Aufzählung der im Versorgungsausgleich auszugleichenden Anrechte	207
b)	Sonderfälle	207
5.	Grundsätze der Wertermittlung	208
a)	Unmittelbare Bewertung, § 39 VersAusglG	208
b)	Zeitratierliche Bewertung, § 40 VersAusglG	208
c)	Bewertung von Betriebsrenten, § 45 VersAusglG	208

d) Bewertung privater Lebensversicherungen .....	208
e) Bewertung nach Billigkeit (§ 42 VersAusglG) .....	209
f) Korrespondierender Kapitalwert .....	209
II. Durchführung des Ausgleichs im Versorgungsausgleich .....	209
1. Grundsatz der Halbteilung .....	209
2. Zeitpunkt des Ausgleichs .....	209
3. Teilungsarten .....	210
4. Grundsätze der internen Teilung .....	210
5. Teilungskosten .....	210
6. Grundsätze der externen Teilung .....	210
III. Ausschluss des Versorgungsausgleichs .....	211
IV. Verfahrenswert zum Versorgungsausgleich, § 50 FamGKG .....	212
D. Entscheidung zu weiteren Folgesachen .....	212
I. Entscheidung in Folgesachen .....	212
II. Wertfestsetzungen zu den Folgesachen .....	212
III. Kostenentscheidung im Verbundverfahren .....	213
IV. Rechtsmittel gegen Verbundentscheidungen .....	213
<b>§ 14 Rechtskraft der Scheidung</b> .....	<b>215</b>
A. Vorbemerkung .....	215
B. Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung auf die gerichtliche Zuständigkeit .....	215
C. Verfahrensrechtliche Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung auf den Ehegatten- unterhalt .....	215
I. Bestehender Unterhaltstitel .....	215
II. Mahnung .....	216
III. Auskunftsanspruch .....	216
IV. Verfahrenskostenvorschuss .....	216
D. Materiellrechtliche Unterhaltssituation ab der Rechtskraft der Scheidung (Geschiedenen- unterhalt) .....	216
I. Eckpunkte des Nachscheidungsunterhalts .....	216
II. Bedarf/Bedürftigkeit/Leistungsfähigkeit – eheliche Lebensverhältnisse .....	216
III. Selbstbehalt und Mindestbedarf .....	218
IV. Tatbestände des nachehelichen Unterhalts .....	218
1. Unterhalt wegen Kindesbetreuung (§ 1570 BGB) .....	218
a) Aufbau des Anspruchs .....	218
b) Basisunterhalt gem. § 1570 Abs. 1 Satz 1 BGB .....	219
c) Kindbezogener Billigkeitsergänzungsunterhalt gem. § 1570 Abs. 1 Satz 2 und 3 BGB .....	220
aa) Ausgestaltung der konkreten Betreuungssituation .....	221
bb) Zeitlicher Rahmen von Betreuung und Erwerbstätigkeit .....	221
cc) Betreuungsangebote des anderen Elternteils .....	222
dd) Betreuung durch andere Verwandte .....	223
ee) Problemkindfälle .....	224
d) Ehe bezogener Billigkeitsunterhalt, § 1570 Abs. 2 BGB .....	225
e) Keine Befristung des Betreuungsunterhaltes .....	225
f) Darlegungs- und Beweislast .....	225
g) Zusammengesetzte Unterhaltsansprüche .....	225

h) Kosten der Kinderbetreuung .....	227
aa) Kosten des Kindergartens .....	227
bb) Andere Kinderbetreuungskosten .....	227
i) Kosten des Umgangsrechts .....	227
aa) Normale und besondere Kosten des Umgangsrechts .....	227
bb) Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung der besonderen Kosten des Umgangsrechts .....	229
2. Unterhalt wegen Alters (§ 1571 BGB) .....	230
3. Unterhalt wegen Krankheit (§ 1572 BGB) .....	230
a) Darlegungen zur Krankheit und deren Auswirkungen .....	230
b) Behandlungsobliegenheit .....	231
c) Erwerbsunfähigkeitsrente .....	231
4. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit (§ 1573 Abs. 1 BGB) .....	232
5. Aufstockungsunterhalt (§ 1573 Abs. 2 BGB) .....	233
6. Anspruch bei Wegfall einer Erwerbstätigkeit (§ 1573 Abs. 4 BGB) .....	233
7. Ausbildungsunterhalt (§ 1575 BGB) .....	233
8. Billigkeitsunterhalt (§ 1576 BGB) .....	233
9. Vorsorgeunterhalt (§ 1578 Abs. 2 und Abs. 3 BGB) .....	233
V. Erwerbsobliegenheit der Unterhaltsberechtigten nach Rechtskraft der Scheidung.	235
VI. Steuerklassenwechsel und begrenztes Realsplitting .....	235
VII. Behandlung von Schulden nach der Scheidung .....	236
1. Schulden aus der Ehezeit .....	236
2. Neu aufgenommene Schulden .....	236
VIII. Wohnvorteil nach der Scheidung .....	236
1. Faktoren für die Bemessung des objektiven Wohnwertes .....	237
2. Anrechnung von Tilgungsleistungen .....	237
3. Entscheidung des BGH v. 18.1.2017 – XII ZB 118/16 .....	237
4. Anwendung auch auf den Ehegattenunterhalt .....	238
5. Steuerliche Gesichtspunkte .....	239
IX. Begrenzung und Befristung des nachehelichen Unterhalts nach § 1578b BGB .....	240
1. Anwendungsbereich des § 1578b BGB .....	240
2. Aufbau der Norm .....	241
3. Systematik des Gesetzes bei § 1578b BGB .....	242
4. Begriff des Nachteils .....	243
5. Ehebedingtheit des Nachteils (Kausalität) .....	243
a) Die Vergleichsperson der „fiktiven kinderlosen Ledigen“ .....	244
b) Wegfall des Berufsbildes .....	245
c) Beispiele für Nachteile, die nicht ehebedingt sind .....	245
d) Objektive Gestaltung der ehelichen Lebensverhältnisse ohne Vorwerfbar- keit .....	246
e) Zeitlicher Rahmen .....	246
6. Fallgruppen zum ehebedingten Nachteil .....	247
7. Verhinderter beruflicher Aufstieg (Karriere) .....	247
8. Nachteil durch verringerte Altersversorgung .....	252
9. Ausnahmen vom Grundsatz des abschließenden Ausgleichs über den Versor- gungsausgleich .....	253
10. Durch Entwicklung nach der Scheidung ausgelöste Versorgungsnachteile .....	253
11. Ehebedingte Vorteile bei der Altersvorsorge .....	256
12. Obliegenheit zum Abbau des Nachteils .....	257

13. Möglicher, aber nicht erfolgter Abbau des ehebedingten Nachteils .....	257
14. Bedeutung der der Dauer der Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes ....	257
15. Bedeutung des zeitlichen Aspektes (insbes. der Dauer der Ehe) .....	258
a) Zeitmoment .....	258
b) Checkliste .....	259
16. Sonstige Billigkeitsgesichtspunkte .....	259
a) Bedeutung der gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Situation der Eheleute .....	260
b) Gesundheitliche Situation der geschiedenen Eheleute .....	263
c) Umstände aus der Vergangenheit („Lebensleistung“ der Ehegatten) .....	264
aa) Umstände aus der Vergangenheit zugunsten der Berechtigten .....	266
bb) Umstände aus der Vergangenheit zugunsten des Unterhaltspflichtigen ..	266
d) Kompensation von ehebedingten Nachteilen / ehebedingte Vorteile .....	267
e) Dauer der bisherigen Unterhaltszahlungen .....	268
f) Ehebedingte Nachteile auf Seiten des Unterhaltspflichtigen .....	269
g) Ehebedingte Vorteil auf Seiten des Unterhaltspflichtigen .....	269
h) Intime Beziehungen der Berechtigten .....	269
17. Auswirkungen auf den Trennungsunterhalt § 1361 BGB? .....	269
18. Rechtsfolgen .....	269
19. Darlegungs- und Beweislast bei § 1578b BGB .....	270
a) Wechselspiel der Darlegungs- und Beweislast .....	270
b) Darlegungs- und Beweislast im zusammenfassenden Überblick .....	272
20. Anwendungsbereich des § 1578b BGB .....	273
21. Verhältnis von § 1578b BGB und § 1579 Nr. 1 BGB .....	274
22. Vertrauensschutz bei bestehenden Unterhaltstiteln .....	274
23. Verfahrensrechtliche Gesichtspunkte .....	274
a) Rechtsvernichtende Einwendung .....	274
b) Geltendmachung im Erstverfahren, nicht erst im Abänderungsverfahren ..	275
c) Gerichtliche Prognoseentscheidung .....	277
d) Entscheidungsmöglichkeiten im ersten gerichtlichen Zahlungsverfahren ..	278
aa) Die Prognose wird ausdrücklich abgelehnt .....	278
bb) Die Prognose wird ausdrücklich getroffen .....	281
cc) Die Prognose wurde stillschweigend getroffen .....	281
e) Gerichtlicher Abänderungsantrag des Unterhaltspflichtigen aus anderen Gründen .....	282
f) Abänderung einer Unterhaltsregelung durch Vergleich oder vollstreckbare (notarielle) Urkunde .....	283
aa) Vereinbarter Ausschluss der Abänderbarkeit .....	284
bb) Vorbehalt einer Befristung bei Unterhaltsvereinbarungen .....	284
cc.) Grundsätze der Abänderungen von außergerichtlichen Titeln .....	284
g) Konsequenz für die Formulierung von Unterhaltsvereinbarungen .....	285
aa) Unbefristete Festsetzung des Unterhaltes .....	285
bb) Befristete Festsetzung des Unterhaltes .....	286
h) Kostenquotelung .....	286
X. Der neue Partner der Unterhaltsberechtigten .....	286
XI. Beschränkung des Unterhaltes nach § 1579 BGB .....	287
1. § 1579 Nr. 1 BGB – kurze Ehedauer .....	287

2. Härtegrund aus § 1579 Nr. 2 BGB (neue Partnerschaft, verfestigte Lebensgemeinschaft) .....	287
a) Verfestigte Lebensgemeinschaft .....	288
b) Checkliste zur Mandatsbearbeitung bei § 1579 Nr. 2 BGB .....	289
c) Erforderliche Dauer der neuen Lebensgemeinschaft .....	290
d) Besondere Umstände vor Überschreiten der Zeitschwelle .....	290
e) Auswirkungen freiwilliger Unterhaltszahlungen .....	291
f) Kriterien für die Zumutbarkeitsabwägung .....	291
3. Härtegrund aus § 1579 Nr. 3 BGB (schwere Straftat des Unterhaltsberechtigten) .....	291
4. Härtegrund aus § 1579 Nr. 4 BGB (mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit) .....	292
5. Härtegrund aus § 1579 Nr. 5 BGB (Verletzung von Vermögensinteressen) .....	293
a) Allgemeines .....	293
b) Sonstige Anwendungsfälle .....	294
6. Gröbliche Vernachlässigung der eigenen Unterhaltsverpflichtung – § 1579 Nr. 6 BGB .....	295
7. Härtegrund aus § 1579 Nr. 7 BGB (schwerwiegendes Fehlverhalten) .....	295
a) Fehlverhalten .....	295
b) Sonstige Fälle .....	297
8. Härtegrund aus § 1579 Nr. 8 BGB (anderer Grund) .....	297
9. Kinderschutzklausel .....	298
10. Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs .....	299
11. „Verwirkung der Verwirkung“ .....	300
12. Billigkeitsabwägung .....	300
13. Verfahrensfragen .....	301
a) Darlegungs- und Beweislast .....	301
b) § 1579 BGB und Abänderungsverfahren (§§ 238, 239 FamFG) .....	302
E. Unterhaltssituation des Kindes nach Rechtskraft der Scheidung .....	303
F. Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung auf den Zugewinnausgleich .....	303
I. Entstehung des Anspruchs auf Zugewinn .....	303
II. Vollstreckung und Sicherung der Zugewinnforderung .....	303
III. Beginn der Verjährungsfrist .....	304
G. Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung auf die gemeinsame Wohnung .....	304
I. Überlassungsanspruch, § 1568a Abs. 1 BGB .....	305
II. Dingliche Rechte, § 1568a Abs. 2 BGB .....	306
III. Mietvertrag, Anspruch auf Begründung eines Mietvertrags, § 1568a Abs. 3 und Abs. 5 BGB .....	306
IV. Jahresfrist, § 1568a Abs. 5 BGB .....	308
V. Gerichtliches Verfahren .....	308
1. Zuständigkeit .....	308
2. Antragstellung und Beteiligung .....	309
3. Einstweilige Anordnung (eA) .....	309
4. Entscheidung und Rechtsmittel .....	309
5. Verfahrenswerte .....	310
H. Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung auf die Haushaltssachen .....	310
I. Überlassungsanspruch (§ 1568b Abs. 1 BGB) .....	310
II. Miteigentum (§ 1568b Abs. 2 BGB) .....	311

III. Angemessene Ausgleichszahlung (§ 1568b Abs. 3 BGB) .....	311
IV. Verfahrenswerte .....	311
I. Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung auf die Absicherung gegen Krankheit .....	311
I. Krankenversicherung des Ehegatten .....	311
II. Beihilfeberechtigung des Ehegatten .....	314
III. Krankenversicherung der Kinder .....	315
IV. Beihilfeberechtigung der Kinder .....	315
J. Auswirkungen aus dem Versorgungsausgleich aufgrund der Rechtskraft der Scheidung ...	316
I. Inhalt der Regelung des § 33 VersAusglG .....	316
II. Verfahrensfragen .....	317
K. Private Lebensversicherungen .....	317
L. Erbrechtliche Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung .....	318
M. Maßnahmen bei der Verfahrenskostenhilfe nach der Rechtskraft der Scheidung .....	318
N. Weitere Auswirkungen der Rechtskraft der Scheidung .....	318
<b>§ 15 Neue Partnerschaft ohne Kind .....</b>	<b>319</b>
A. Vorbemerkung .....	319
B. Neue Partnerschaft der Unterhaltsberechtigten .....	319
C. Neue Partnerschaft des Unterhaltspflichtigen .....	319
I. Partnerschaft mit gemeinsamem Haushalt .....	319
1. Herabsetzung des Selbstbehaltes .....	320
a) Leistungsfähigkeit des Partners .....	321
b) Darlegungs- und Beweislast .....	322
2. Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen durch Synergie .....	322
3. Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen durch einen Ehegatten .....	323
II. Partnerschaft ohne gemeinsamem Haushalt .....	323
1. Grundsätze bei Zuwendungen Dritter an die Unterhaltsberechtigte .....	323
2. Direkte Geldleistungen an den Unterhaltspflichtigen .....	324
3. Wohnungsüberlassung/Wohnvorteil an den Unterhaltspflichtigen .....	325
4. Sachleistungen und Naturalleistungen eines Dritten an den Unterhaltspflichtigen .....	325
5. Anrechnung geldwerter Versorgungsleistungen beim Unterhaltspflichtigen ...	326
<b>§ 16 Neue Partnerschaft mit Kindern .....</b>	<b>327</b>
A. Auswirkungen auf den Unterhalt des geschiedenen Ehegatten .....	327
I. Neue Partnerschaft der Unterhaltsberechtigten .....	327
II. Neue Partnerschaft des Unterhaltspflichtigen .....	327
B. Unterhaltsberechtigungen der neuen Partnerin (§ 1615I BGB) .....	328
C. Sorgerecht nicht verheirateter Eltern .....	329
I. Gemeinsame elterliche Sorge nach § 1626a BGB .....	329
II. Verfahrensrechtliche Regelung des § 155a FamFG .....	334
<b>§ 17 Feststellung des bereinigten Einkommens .....</b>	<b>337</b>
A. Vorbemerkung .....	337
B. Anzurechnendes tatsächliches Einkommen .....	337

C. Einmalzahlungen .....	338
I. Einmalzahlung als Einkommen .....	338
II. Einmalzahlung als Vermögen .....	339
D. Abzugspositionen bei der Einkommensberechnung .....	339
I. Gesetzliche Abgaben und Krankenversicherungsbeiträge .....	339
II. Zusätzliche Altersvorsorge .....	340
III. Berufsbedingte Aufwendungen .....	341
IV. Speziell berufsbedingte Fahrtkosten .....	341
V. Schuldenbelastungen .....	341
E. Erzielbares (hypothetisches / fiktives) Einkommen .....	341
I. Fiktive Einkünfte im Unterhaltsrecht .....	342
II. Auswirkungen der Arbeitslosigkeit eines Ehegatten auf den Unterhaltsanspruch ..	342
1. Bewerbungsbemühungen .....	342
2. Fehlende reale Beschäftigungschance .....	344
3. Erzielbares Einkommen .....	344
4. Obliegenheit zur Nebentätigkeit beim Minderjährigenunterhalt .....	345
5. Altersteilzeit und Vorruhestand .....	345
F. Sonstige geldwerte Vorteile .....	346
G. Erzielbare Einkünfte .....	346
H. Einsatz des Vermögens .....	346
<b>§ 18 Unterhalt des gemeinschaftlichen minderjährigen Kindes .....</b>	<b>349</b>
A. Anspruch auf Barunterhalt .....	349
I. Unterhalt nach der Düsseldorfer Tabelle .....	349
II. Düsseldorfer Tabelle 2022 .....	350
III. Düsseldorfer Tabellen (2022) – Zusatztabellen Zahlbeträge .....	351
B. Schürmann-Tabelle 2022 .....	352
I. Obliegenheit zur Nebentätigkeit .....	357
II. Berücksichtigung des Wohnwerts auf Seiten des Unterhaltspflichtigen beim Kin- desunterhalt .....	361
C. Einschränkung der Haftung nach § 1603 Abs. 2 Satz 3 BGB .....	361
D. Unterhalt beim Wechselmodell .....	362
I. Residenzmodell – Wechselmodell – erweitertes Umgangsmodell .....	362
1. Formen der Kinderbetreuung .....	362
2. Anordnung des Wechselmodells durch gerichtliche Umgangsregelung .....	363
II. Unterhaltspflichten beim echten Wechselmodell .....	363
1. Beide Eltern haften für den Barunterhalt .....	363
2. Bemessung des Unterhaltsbedarfs des Kindes .....	364
3. Verteilung der Haftung auf die Eltern .....	364
III. Kindergeldverrechnung beim Wechselmodell .....	365
IV. Berechnung des Unterhaltes beim Wechselmodell .....	366
V. Abgrenzung Wechselmodell und Residenzmodell .....	370
VI. Unterhalt beim lediglich erweiterten Umgang .....	371
VII. Verfahrensrechtliche Gesichtspunkte bei der Durchsetzung des Unterhalts- anspruchs .....	372
VIII. Mittelbare Auswirkungen des Wechselmodells auf den Ehegattenunterhalt .....	372
E. Unterhalt bei Geschwistertrennung .....	373

F. Sonderbedarf/Mehrbedarf .....	373
I. Abgrenzung zwischen Sonderbedarf und Mehrbedarf .....	374
1. Sonderbedarf .....	374
2. Mehrbedarf .....	374
II. Notwendigkeit des zusätzlichen Bedarfes .....	374
III. Angemessenheit des zusätzlichen Bedarfes (Höhe der Kosten) .....	375
IV. Haftung für den notwendigen und angemessenen zusätzlichen Bedarf .....	375
1. Zumutbarkeitsfragen .....	375
2. Haftungsverteilung zwischen den Eltern beim besonderen Kindesbedarf .....	375
V. Verfahrensrecht .....	376
1. Durchsetzung des zusätzlichen Bedarfes .....	376
2. Durchsetzung von Mehrbedarf/Verfahrensfragen .....	376
G. Rangverhältnisse .....	376
H. Spezielle verfahrensrechtliche Fragen zum Minderjährigenunterhalt .....	377
I. Berechtigung zur Durchsetzung des Kindesunterhaltes .....	377
II. Darlegungs- und Beweislast .....	379
III. Gerichtszuständigkeit .....	379
IV. Obhutswechsel des Kindes im Laufe eines gerichtlichen Verfahrens .....	379

**§ 19 Volljährigenunterhalt: Unterhalt des gemeinschaftlichen volljährigen Kindes** .....

A. Grundgedanken .....	381
B. Ausbildungsunterhalt .....	381
I. Angemessene Ausbildung .....	381
II. Ausbildungswechsel .....	382
III. Zweitausbildung .....	382
IV. Freiwilligendienst .....	383
V. Bachelor- und Masterstudium .....	384
VI. Promotion .....	385
VII. Zeitpunkt des Ausbildungsbeginns .....	385
VIII. Ausbildungsverzögerung durch Schwangerschaft und Kindesbetreuung .....	390
IX. Ausbildungsverzögerung durch Krankheit .....	390
X. Gegenseitigkeitsverhältnis beim Ausbildungsunterhalt .....	390
C. Sonstige Gründe für einen Unterhaltsanspruch des volljährigen Kindes .....	391
D. Bedürftigkeit des Kindes .....	392
I. Tatsächliches Einkommen .....	392
1. Kindergeld .....	392
2. BAföG-Leistungen .....	392
3. Ausbildungsvergütung .....	394
4. Einkommen aus Nebenbeschäftigung .....	394
II. Fiktives (erzielbares) Einkommen .....	394
1. Grundsätzlich keine Erwerbsobliegenheit .....	394
2. Erwerbsobliegenheit während Übergangszeiten .....	395
3. Fiktive Einkünfte aus anderen Gründen .....	395
III. Einsatz von Vermögen .....	396
E. Keine Verwirkung nach § 1611 BGB .....	397

F. Anteilige Haftung beider Eltern .....	397
I. Berechnungsbeispiele .....	399
1. Student mit eigenem Haushalt (Werte 2021) .....	399
2. Volljähriges Kind im Haushalt eines Elternteils (Werte 2021) .....	399
3. Volljähriges Kind mit Ausbildungsvergütung (Werte 2021) .....	400
II. Beschränkung auf den Betrag bei alleiniger Haftung .....	400
III. Leistungsfähigkeit beim Volljährigenunterhalt .....	401
1. Höherer Selbstbehalt .....	401
2. Berücksichtigung von Ehegattenunterhalt .....	401
3. Wohnwert beim Volljährigenunterhalt .....	402
4. Neuer Ehegatte/neuer Partner des unterhaltspflichtigen Elternteils .....	402
5. Fiktive Einkünfte eines Elternteils .....	403
IV. Wechselseitige Auskunftsansprüche der unterhaltspflichtigen Elternteile .....	403
G. Rangverhältnisse, privilegierte Volljährige .....	404
I. Nicht privilegierte volljährige Kinder .....	404
II. Privilegierte volljährige Kinder (Abs. 2 Satz 2) .....	404
1. Voraussetzungen .....	404
2. Auswirkungen .....	405
H. Verfahrensrechtliche Fragen speziell zum Volljährigenunterhalt .....	406
I. Gerichtszuständigkeit, § 232 FamFG .....	406
II. Darlegungs- und Beweislast .....	406
1. Darlegungs- und Beweislast im Erstverfahren .....	406
2. Darlegungs- und Beweislast im Abänderungsverfahren .....	407
III. Titel aus der Zeit der Minderjährigkeit .....	407
1. Wer ist berechtigt, Unterhalt des minderjährigen Kindes geltend zu machen? ..	407
a) Verfahrensstandschaft gem. § 1629 Abs. 3 BGB .....	407
b) Gesetzliche Vertretung des Elternteils gem. § 1629 Abs. 2 Satz 2 BGB .....	409
2. Gilt ein vorhandener Titel über die Volljährigkeit des Kindes hinaus? .....	409
3. Wer darf aus dem Titel nach Eintritt der Volljährigkeit vollstrecken? .....	410
a) Verfahrensstandschaft .....	411
b) Gesetzliche Vertretung .....	411
c) Behandlung von Unterhaltsrückständen .....	412
4. Berufsrechtliche Risiken für den bisher tätigen Anwalt .....	414
IV. Eintritt der Volljährigkeit während des laufenden Gerichtsverfahrens .....	415
V. Verfahrensrechtliche Durchsetzung von Veränderungen bei vorhandenem Titel aus der Zeit der Minderjährigkeit .....	417
1. Verfahrensart .....	417
2. Darlegungs- und Beweislast .....	418
3. Anteilige Haftung beider Eltern .....	418
4. Taktische Überlegungen des Unterhaltspflichtigen .....	419
VI. Abänderung einer einseitigen Verpflichtungserklärung – speziell einer Jugend- amtsurkunde .....	419
<b>§ 20 Auskunftsansprüche .....</b>	<b>421</b>
A. Vorbemerkung .....	421
B. Auskunftsansprüche zum Unterhalt .....	421
I. Voraussetzungen des Auskunftsanspruches nach § 1605 BGB .....	422
II. Fälligkeit des Anspruchs .....	423

III. Trennungsunterhalt – Nachscheidungsunterhalt .....	424
IV. Umfang der geschuldeten Auskunft .....	424
1. Auskunft über eigene Fakten .....	425
a) Auskunft zum Einkommen .....	425
b) Auskunft zum Vermögen .....	426
c) Kein Verweigerungsrecht .....	426
2. Auskunft über eigene Unterhaltsansprüche .....	426
3. Auskunft über Einkünfte der neuen Ehefrau .....	427
4. Zeitraum der zu erteilenden Auskunft .....	428
V. Inhalt der geschuldeten Auskunft .....	429
1. Auskunft zum Einkommen .....	430
2. Auskunft zum Vermögen .....	431
VI. Form der geschuldeten Auskunft .....	431
VII. Pflicht zur Vorlage von Belegen (§ 1605 Abs. 1 Satz 2) .....	432
VIII. Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (Abs. 1 Satz 3) .....	433
IX. Erneute Auskunft (§ 1605 Abs. 2) .....	433
X. Geltendmachung des Auskunftsverlangens .....	434
XI. Gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsanspruchs .....	434
1. Isoliertes Auskunftsverfahren .....	434
2. Stufenantrag .....	436
XII. Vollstreckung des Auskunftstitels (mit Formulierungsvorschlag) .....	438
XIII. Bezifferung nach erteilter Auskunft .....	439
C. Allgemeiner Auskunftsanspruch aus § 242 BGB .....	441
D. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht, §§ 235, 236 FamFG .....	441
I. Zahlungsverfahren .....	442
II. Adressat der Auskunftspflicht .....	442
III. Umfang der geschuldeten Auskunft .....	443
1. Individuelle Auskunftsaufgabe des Gerichts .....	443
2. Äußerer Rahmen der Auskunftsverpflichtung .....	443
3. Pflicht zur Vorlage von Belegen .....	445
IV. Kein Amtsermittlungsgrundsatz .....	445
V. Ablauf des gerichtlichen Verfahrens (Amtsverfahren § 235 Abs. 1 FamFG) .....	445
VI. Ablauf des gerichtlichen Verfahrens (Antragsverfahren § 235 Abs. 2 FamFG) .....	447
VII. Rechtsfolgen .....	447
VIII. Anfechtbarkeit .....	448
IX. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter, § 236 FamFG .....	448
1. Amtsverfahren (§ 236 Abs. 1 FamFG) .....	448
a) Adressat der Auskunftsverpflichtung .....	448
b) Umfang der Auskunftsverpflichtung des Dritten .....	449
c) Form der Auskunftsverpflichtung .....	450
2. Antragsverfahren (§ 236 Abs. 2 FamFG) .....	450
3. Aussage- bzw. Zeugnisverweigerungsrechte § 236 Abs. 4 FamFG .....	451
4. Anfechtbarkeit des Auskunftsverlangens § 236 Abs. 5 FamFG .....	451
X. Antragsmuster .....	451
E. Pflicht zur unaufgeforderten Information .....	453
I. Pflicht im Rahmen eines laufenden gerichtlichen Verfahrens .....	453
1. Allgemeine Wahrheitspflicht aus § 138 ZPO .....	453
2. Gerichtliche Auflage nach § 235 FamFG .....	453

II. Pflicht außerhalb eines laufenden gerichtlichen Verfahrens .....	454
1. Mitteilungspflichten nach geschlossenem Vergleich .....	454
2. Mitteilungspflichten nach gerichtlichem Titel .....	454
3. Mitteilungspflichten ohne Titel .....	454
4. Rechtsfolgen einer Verletzung der Mitteilungspflichten .....	455
F. Auskunftsansprüche zum Vermögen/Zugewinn .....	455
I. Auskunftsansprüche während bestehender Ehe .....	455
II. Auskunftsansprüche ab Trennung der Ehegatten .....	455
III. Auskunftsansprüche ab Einreichung des Scheidungsantrages .....	456
IV. Auskunftsansprüche ab Zustellung des Scheidungsantrages .....	457
V. Zusätzliche Auskunftsansprüche .....	457
VI. Inhalt und Umfang der Auskunft .....	457
G. Auskunftsansprüche betreffend Kinder .....	458
<b>§ 21 Vereinbarungen zwischen Eheleuten .....</b>	<b>459</b>
A. Vereinbarungen zum Unterhalt .....	459
I. Motive für den Abschluss von Eheverträgen .....	459
II. Inhalt der Vereinbarung .....	460
III. Formbedürftigkeit für Unterhaltsvereinbarungen .....	460
IV. Kein Verzicht auf zukünftigen Trennungsunterhalt .....	461
V. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt .....	463
VI. Freistellungsvereinbarungen beim zukünftigen Kindesunterhalt .....	464
VII. Abänderung von Unterhaltsvereinbarungen .....	464
B. Inhaltskontrolle von Eheverträgen .....	465
I. Unwirksamkeit wegen Sittenwidrigkeit .....	465
II. Ausübungskontrolle .....	469
C. Vereinbarungen zum Güterrecht .....	470
I. Grenzen der Vertragsfreiheit .....	470
II. Beschränkung durch § 1378 Abs. 3 Satz 2 und 3 BGB .....	471
D. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich .....	471
I. Regelungsinhalt .....	472
II. Wirksamkeitsprüfung .....	474
E. Vereinbarungen zur elterlichen Sorge und zum Umgang .....	476
I. Elternvereinbarung zum Sorgerecht .....	476
II. Vereinbarungen zum Umgangsrecht .....	476
<b>§ 22 Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen .....</b>	<b>479</b>
A. Vorbemerkungen .....	479
B. Vorergerichtliche Maßnahmen zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen .....	479
I. Korrekte vorergerichtliche Aufforderung zur Zahlung, Mahnung, Verzug .....	479
1. Hohe wirtschaftliche Bedeutung des Verzugs .....	479
2. Voraussetzungen für die rückwirkende Durchsetzung von Unterhalt .....	480
a) Verzug durch Mahnung (§ 286 Abs. 1 Satz 1 BGB) .....	481
aa) Inhalt der Mahnung .....	481
bb) Adressat der Mahnung .....	482
cc) Form der Mahnung .....	483
dd) Originalvollmacht beizufügen? .....	483

ee) Zugang der Mahnung .....	483
ff) Rechtsfolgen der wirksamen Mahnung .....	483
(1) Auswirkungen einer späteren Erhöhung der Forderung .....	484
(2) Auswirkungen einer späteren Verminderung der Forderung .....	485
gg) Entbehrlichkeit einer Mahnung .....	485
hh) Besonderheiten beim Übergang vom Trennungsunterhalt zum Nachscheidungsunterhalt .....	486
ii) Grenzen der rückwirkenden Durchsetzung von Unterhalt .....	486
b) Unterhaltsrückstand ab Auskunftsbegehren – § 1613 BGB .....	487
aa) Die korrekte Aufforderung zur Auskunft .....	487
bb) Darlegungs- und Beweislast .....	489
cc) Bezifferung nach erteilter Auskunft .....	490
dd) Besonderheiten zum Auskunftsanspruch beim Übergang vom Trennungsunterhalt zum Nachscheidungsunterhalt .....	491
ee) Auskunftsverlangen und gerichtliche Kostenentscheidung .....	492
c) Weitere Hinweise und Praxistipps für ein Verzug begründendes Auskunftsverlangen .....	492
aa) Bestehen des Auskunftsanspruches .....	492
bb) Fälligkeit des Anspruchs .....	493
cc) Bedeutung beim Abänderungsverfahren gegen gerichtliche Titel .....	494
d) Unterhaltsrückstand ab Rechtshängigkeit .....	495
II. Vorgehensweise bei freiwilligen Zahlungen von Unterhalt .....	495
1. Freiwillige Zahlung des vollen von der Berechtigten geforderten Unterhaltes .....	496
a) Freiwillige Zahlung und Aufforderung zur Titulierung .....	496
b) Gerichtliches Verfahren bei nicht erfolgter Titulierung .....	497
aa) Vorgehensweise des Antragstellers .....	497
bb) Vorgehensweise des Antragsgegners .....	498
(1) Sofortiges Anerkenntnis .....	499
(2) Fehlende Veranlassung zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens .....	500
2. Freiwillige Zahlungen bei höherer Forderung der Berechtigten .....	501
a) Es besteht kein Titel über den freiwillig gezahlten Sockelbetrages .....	501
b) Es besteht ein Titel über den freiwillig gezahlten Sockelbetrag .....	502
aa) Verfahrensrechtliche Vorgaben .....	502
bb) Inhaltliche Vorgaben für die Abänderung .....	503
(1) Für den Unterhaltsschuldner .....	503
(2) Für den Unterhaltsgläubiger .....	503
III. Risiken bei zögerlicher Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen .....	503
IV. Vorbereitung des Herabsetzungsbegehrens .....	504
C. Gerichtliche Geltendmachung von Unterhalt .....	504
I. Hauptsacheverfahren / Zahlungsverfahren .....	504
1. Zuständiges Gericht .....	504
2. Gerichtskostenvorschuss .....	505
3. Formalien des Antrags und Antragsbegründung .....	505
a) Genaue Bezifferung des Antrags .....	505
b) Antragsbegründung .....	506
c) Verfahrensrechtliche Besonderheiten beim Ehegattenunterhalt .....	506
aa) Trennungsunterhalt – Nachscheidungsunterhalt .....	506
bb) Vorsorgeunterhalt .....	506

cc) Begrenzung des Unterhaltes nach § 1579 BGB .....	507
dd) Speziell: Befristung von nachehelichen Unterhaltsansprüchen .....	507
d) Verfahrensrechtliche Besonderheiten beim Minderjährigenunterhalt .....	507
aa) Verfahrensstandschaft gem. § 1629 Abs. 3 BGB .....	507
bb) Gesetzliche Vertretung .....	509
4. Gerichtliches Verfahren .....	509
a) Verfahrensablauf .....	509
b) Vergleich über Unterhalt .....	509
c) Auskunftsaufgabe im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens (Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht, §§ 235 Abs. 2, 236 Abs. 2 FamFG) .....	509
5. Entscheidung des Gerichts in der Hauptsache .....	510
6. Kostenentscheidung in Unterhaltsverfahren § 243 FamFG .....	512
7. Verfahrenswert .....	512
8. Vollstreckbarkeit von gerichtlichen Leistungstiteln mit Wirksamwerden – Anordnung der sofortigen Wirksamkeit § 116 Abs. 3 Satz 2 FamFG .....	513
a) Voraussetzungen der Anordnung .....	513
b) Ermessen des Gerichts .....	513
9. Einstellung der Vollstreckung von Leistungstiteln – § 120 FamFG .....	514
a) Einstellung in 1. Instanz .....	514
aa) Voraussetzung: – ein nicht zu ersetzender Nachteil durch die Vollstreckung .....	514
(1) Vollstreckung von laufendem Unterhalt .....	515
(2) Vollstreckung von Unterhaltsrückständen .....	516
(3) Einzelfälle: .....	516
bb) Rechtsfolge Einstellung der Zwangsvollstreckung .....	517
cc) Speziell: Einstellung gegen Sicherheitsleistung .....	517
b) Einstellung in 2. Instanz .....	518
c) Zulässigkeit einer Sicherheitsleistung .....	518
II. Unterhaltsverfahren – einstweilige Anordnung § 246 FamFG .....	519
1. Fehlendes Regelungsbedürfnis .....	520
2. Regelungsinhalt der einstweiligen Anordnung zum Unterhalt .....	520
3. Verfahrensregelungen zur einstweiligen Anordnung über Unterhalt .....	520
4. Kostenrisiko des Antragstellers .....	521
5. Antrag auf Abänderung, § 54 Abs. 1 FamFG .....	521
6. Rechtsmittel im Verfahren der einstweiligen Anordnung .....	522
7. Außerkrafttreten durch anderweitige Regelung i.S.d. § 56 FamFG .....	522
8. Sonderfall: einstweilige Anordnung im Zeitraum der Trennung .....	523
9. Einleitung des Hauptsacheverfahrens gem. § 52 FamFG .....	523
10. Einstweilige Anordnung und Hauptsacheverfahren zum Unterhalt?? .....	524
D. Abänderung bestehender Unterhaltstitel §§ 238, 239 FamFG .....	526
I. Zulässigkeit des Abänderungsantrages .....	526
II. Abänderung gerichtlicher Titel, § 238 FamFG .....	526
1. Wesentliche Änderung der Sach- oder Rechtslage .....	526
2. Rückwirkende Abänderung von gerichtlich titulierte Unterhalt § 238 Abs. 3 S. 3 FamFG .....	528
3. Umfang der Rechtskraft der früheren Entscheidung .....	528
a) Vollständige Abweisung eines Leistungsantrages im vorangegangenen Verfahren .....	529
b) Abweisung eines Erhöhungsantrages im vorangegangenen Verfahren .....	529

c)	Befristete Festsetzung des Unterhaltes .....	529
d)	Festsetzung des laufenden Unterhaltes mit Teilabweisung .....	529
e)	Abänderungsverfahren bei einer Anerkenntnisentscheidung .....	530
f)	Abänderungsverfahren bei der Versäumnisentscheidung .....	530
g)	Zusatz- und Nachforderungsantrag .....	531
4.	Speziell Änderungsverfahren und Befristung von nachehelichem Unterhalt nach § 1578b BGB .....	532
a)	Grundüberlegungen .....	532
b)	Gerichtlicher Abänderungsantrag des Unterhaltspflichtigen aus anderen Gründen .....	533
c)	Nachträgliche Befristung bei Erhöhungsverlangen der Berechtigten .....	533
d)	Abänderung eines befristeten Titels durch die Unterhaltsberechtigten .....	534
aa)	Unbefristeter Zahlungsantrag im Erstverfahren .....	535
bb)	Befristeter Zahlungsantrag im Erstverfahren .....	535
5.	Abgrenzung zum Vollstreckungsgegenantrag .....	535
6.	Umfang der Abänderung bei gerichtlichen Titeln .....	536
a)	Grundsätzliche Bindungswirkung der vorhergehenden Entscheidung .....	536
b)	Ausnahmen von der Bindungswirkung .....	537
7.	Verfahrenswerte beim Abänderungsverfahren .....	537
8.	Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Herabsetzungsverlangen gegen einen gerichtlichen Titel .....	538
a)	Voraussetzungen für die Einstellung der Zwangsvollstreckung .....	538
b)	Textmuster für den Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung .....	539
c)	„Optische“ Behandlung des Antrags auf Einstellung der Zwangsvollstreckung .....	540
d)	Umfang der erreichbaren Einstellung der Zwangsvollstreckung .....	540
e)	Gerichtliches Verfahren .....	542
f)	Verfahrenskostenhilfe für den Antragsgegner bei der Einstellung der Zwangsvollstreckung im Abänderungsverfahren .....	543
III.	Abänderung von Vergleichen und Urkunden – § 239 FamFG .....	544
1.	Grundsätze der Abänderungen von außergerichtlichen Titeln .....	544
2.	Vereinbarter Ausschluss der Abänderbarkeit .....	545
3.	Verfahrensrechtliche Gesichtspunkte .....	546
a)	Keine Wesentlichkeitsgrenze .....	547
b)	Keine Präklusion .....	547
4.	Darlegungslast .....	548
5.	Anpassung unter Wahrung des Parteiwillens .....	548
6.	Der zeitliche Umfang der Abänderung beim Vergleich .....	549
a)	Keine Geltung der Zeitschranke .....	549
b)	Risiken .....	550
7.	Nur für einen bestimmten Zeitraum titulierter Unterhalt (befristeter Titel) .....	551
8.	Vorkehrungen hinsichtlich der Befristung des Ehegattenunterhaltes .....	553
9.	Speziell Abänderung von einseitigen Unterhaltstiteln .....	555
a)	Einseitige Unterhaltstitel .....	555
b)	Vorbereitung eines gerichtlichen Abänderungsverfahrens des Unterhaltsschuldners .....	556
c)	Vorbereitung eines gerichtlichen Abänderungsverfahrens des Unterhaltsgläubigers .....	557
d)	Bindungswirkung eines einseitigen Unterhaltstitels .....	557

e) Außergerichtliche Abänderung eines einseitigen Unterhaltstitels .....	560
f) Gerichtliche Abänderung eines einseitigen Unterhaltstitels .....	561
aa) Für den Unterhaltspflichtigen als Schuldner .....	562
bb) Für den Unterhaltsberechtigten als Gläubiger .....	564
IV. Kettenabänderungen .....	565
E. Vollstreckung von Unterhaltstiteln .....	566
F. Verjährung und Verwirkung von Unterhaltsrückständen .....	567
I. Durchsetzungshindernis Verjährung .....	567
II. Durchsetzungshindernis Verwirkung .....	568
1. Voraussetzungen .....	569
a) Zeitmoment .....	570
b) Umstandsmoment .....	571
2. Verwirkung von Rückständen beim Kindesunterhalt .....	572
3. Verwirkung titulierter Ansprüche .....	573
4. Darlegungs- und Beweislast .....	574
5. Rechtsfolgen .....	574
<b>§ 23 Sorge- und Umgangsrecht .....</b>	<b>577</b>
A. Vorbemerkung .....	577
B. Umgangsregelungen – § 1684 BGB .....	577
I. Gesetzliche Rahmenbedingungen für das Umgangsrecht .....	577
1. Ausgestaltung der Umgangskontakte .....	578
a) Zeitliche Rahmenbedingungen .....	579
b) Übernachtung .....	579
c) Ferien .....	580
2. Art und Detailliertheit der Regelung .....	582
3. Begleiteter Umgang und Umgangspflegschaft .....	584
4. Wechselmodell durch Umgangsregelung .....	585
5. Ausschluss des Umgangsrechts .....	586
6. Speziell: Weigerung des Kindes zum Umgang (Kindeswille) .....	587
7. Antrag auf Umgangsregelung .....	588
8. Eigenes Umgangsrecht anderer Personen nach § 1685 BGB .....	589
9. Abänderung gerichtlicher Umgangsregelungen § 1696 BGB .....	590
10. Befugnisse des umgangsberechtigten Elternteils .....	590
11. Pflichten des betreuenden Elternteils .....	591
a) Loyalitätspflicht .....	591
b) Mitwirkungspflichten beim Umgangsrecht .....	591
12. Pflicht zum Umgang .....	592
13. Kosten des Umgangsrechts .....	592
II. Gerichtliches Verfahren bei Umgangsstreitigkeiten .....	593
1. Zuständigkeit .....	593
2. Beschleunigungs- und Vorrangsgebot (§ 155 Abs. 2 FamFG) .....	593
3. Beteiligte des Verfahrens und Anhörungspflichten .....	594
a) Grundsätzliches .....	594
b) Eltern .....	594
c) Beteiligung des Jugendamtes (§ 162 Abs. 2 FamFG) .....	595
4. Termin in Kindschaftssachen .....	595
5. Hinwirken auf Einvernehmen, Auflagen an die Eltern .....	595

6. Verfahrensbeistand .....	597
7. Kostenentscheidung in Umgangsverfahren .....	599
8. Verfahrenswerte .....	599
9. Verfahrenskostenhilfe bei Umgangsverfahren .....	599
a) Erfolgsaussichten in Umgangsverfahren .....	599
b) Mutwilligkeit bei unterlassener vorheriger Einbeziehung des Jugendamtes.	600
aa) Strenge Ansicht: Jugendamt muss immer eingeschaltet werden .....	600
bb) Gegenansicht: Einschaltung des Jugendamtes nie erforderlich .....	601
cc) Vermittelnde Auffassungen .....	601
c) Anwaltsbeordnung .....	601
d) Verhältnis zwischen Hauptsacheverfahren und einstweiliger Anordnung ..	603
10. Einstweilige Anordnung in Umgangsverfahren .....	603
a) Gesetzliche Vorgaben für die einstweilige Anordnung .....	603
b) Verfahrenswert der einstweiligen Anordnung .....	603
c) Verhältnis zwischen einstweiliger Anordnung und Hauptsacheverfahren ..	604
aa) einstweilige Anordnung neben dem Hauptsacheverfahren .....	604
bb) Verfahrenskostenhilfe bei gleichzeitiger einstweiliger Anordnung und Hauptsache? .....	604
d) Antrag auf mündliche Verhandlung nach ergangener einstweiliger Anord- nung § 54 Abs. 2 FamFG .....	605
e) Antrag auf Abänderung, § 54 Abs. 1 FamFG .....	605
f) Keine Beschwerde gegen einstweilige Anordnungen in Umgangsverfahren § 57 FamFG .....	605
g) Rechtsmittel gegen ablehnende Entscheidung zur VKH in einstweiligen Anordnungsverfahren zum Umgangsrecht .....	606
III. Vollstreckung .....	606
IV. Umgangsvermittlungsverfahren .....	608
C. Regelungen zum Sorgerecht .....	610
I. Gerichtliche Entscheidung bei vorhandenem Einverständnis des anderen Eltern- teils (§ 1671 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 BGB) .....	611
II. Gerichtliche Entscheidung bei fehlendem Einverständnis des anderen Elternteils (§ 1671 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB) .....	611
1. Stufe: Dient die alleinige elterliche Sorge dem Kindeswohl? .....	612
2. 2. Stufe: welchem Elternteil ist die Alleinsorge zu übertragen? .....	614
3. Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	616
4. Übersiedlung ins Ausland .....	617
III. Gerichtliches Verfahren bei Sorgerechtsstreitigkeiten .....	617
1. Aussetzung eines Sorgerechtsverfahrens .....	617
2. Verhältnis zwischen einstweiliger Anordnung und Hauptsacheverfahren .....	617
3. Kostenentscheidungen in Sorgerechtsverfahren .....	618
4. Verfahrenswert in Sorgerechtsverfahren .....	618
a) Verfahrenswert des Hauptsacheverfahrens zum Sorgerecht .....	618
b) Verfahrenswert der einstweiligen Anordnung zum Sorgerecht .....	619
5. Verfahrenskostenhilfe .....	619
a) Erfolgsaussichten .....	619
b) Keine Mutwilligkeit bei unterlassener vorheriger Einbeziehung des Ju- gendamtes .....	620
c) Anwaltsbeordnung .....	621
D. Entziehung der elterlichen Sorge § 1666 BGB .....	621

E. Auskunftsansprüche gem. § 1686 BGB .....	625
I. Berechtigtes Interesse .....	625
II. Anspruchsberechtigter .....	627
III. Anspruchsgegner .....	627
IV. Vollstreckung .....	628
F. Ehelichkeitsanfechtungsverfahren (Vaterschaftsanfechtung) .....	628
G. Umgangs- und Auskunftsrechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters, § 1686a BGB ...	630
I. Inzident Prüfung der leiblichen Vaterschaft, § 167a Abs. 2 und 3 FamFG .....	631
II. Ernsthaftes Interesse des leiblichen Vaters am Kind .....	631
III. Kindeswohl dienlichkeit eines Umgangs mit dem Kind .....	632
IV. Anwendung auf Adoptiveltern und bei Samenspende .....	633
H. Angelegenheiten des täglichen Lebens, § 1687 BGB .....	633
<b>§ 24 Rechtsmittel .....</b>	<b>639</b>
A. Beschwerdefähige Entscheidungen .....	639
I. Endentscheidungen .....	639
II. Zwischen- und Nebenentscheidungen .....	639
III. Beschwerde und Verfahrenskostenhilfe .....	639
1. Verbindung von Verfahrenskostenhilfe-Antrag und Beschwerde .....	639
2. Vorlage der Rechtsmittelbegründung .....	641
3. Erfolgsaussichten der Beschwerde .....	641
a) Voraussetzungen für die Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe .....	641
aa) Vorzulegende Unterlagen .....	641
bb) Bedürftigkeit .....	641
b) Anwaltszwang und Verfahrenskostenhilfe im Beschwerdeverfahren .....	642
c) Verfahrenskostenhilfe für den Rechtsmittelgegner .....	643
B. Beschwerdewert und Zulassung der Beschwerde .....	643
I. Beschwerde gegen Kostenentscheidungen .....	645
II. Rechtsmittel gegen Ablehnung eines Arrestes .....	645
C. Beschwerdefrist und Fristbeginn .....	646
I. Fristbeginn bei Zustellungen .....	646
II. Fristbeginn bei Bekanntgabe .....	648
III. Anwaltliche Pflichten .....	648
1. Anwaltliche Sorgfalt bei Überprüfung der Rechtsmittelfrist .....	648
2. Maßnahmen zur Fristwahrung .....	649
D. Einlegung der Beschwerde .....	650
I. Genaue Bezeichnung der Beteiligten! .....	651
II. Anwaltszwang .....	651
III. Einlegung des Rechtsmittels beim falschen Gericht .....	651
E. Begründung der Beschwerde .....	654
F. Bedeutung der Rechtsbehelfsbelehrungen .....	656
G. Fehlerhafte Rechtsmittelbelehrung bei anwaltlicher Vertretung .....	658
H. Verfahrensweise des Rechtsmittelgerichts .....	663
I. Zweite Instanz als volle Tatsacheninstanz – mit Ausnahmen! .....	663
II. Eingeschränkte Beweismöglichkeiten in der zweiten Instanz .....	664
III. Zurückverweisung gem. § 69 FamFG bei Verfahrensfehlern .....	665
I. Rechtsmittel bei falschem Verfahrensrecht in der ersten Instanz .....	666

J. Feststellung der Verletzung des Rechtsmittelführers in seinen Rechten nach Erledigung der Hauptsache .....	666
K. Rechtsmittel bei Verzögerungen .....	667
I. Keine Untätigkeitsbeschwerde .....	667
II. Beschleunigungsrüge und Beschleunigungsbeschwerde .....	667
L. Wiedereinsetzung .....	667
<b>§ 25 Prozesskostenhilfe-Formular</b> .....	669
Stichwortverzeichnis .....	673